KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 257 - 28. Jahrgang
MÄRZ 2020
Spendenbeitrag 50 Cent

SOLIDARITÄT MIT DEN STREIKENDEN

Die Rostocker LINKE unterstützt den Streik im Nahverkehr

Wenn Busse und Bahnen nicht fahren, entsteht eine schwierige Situation für viele Arbeitnehmer*innen, Schüler*innen und Gäste der Stadt. Aufkommender Unmut der Fahrgäste ist menschlich und nachvollziehbar. Trotzdem sind die Streikmaßnahmen notwendig. Wenn die Kolleginnen und Kollegen nicht hinter dem Steuer sitzen, erkennen alle sofort wie wichtig der öffentliche Nahverkehr für Rostock ist.

„Der Nahverkehr ist unsere Hauptschlagader und der Streik beweist erneut, dass wir unseren ÖPNV stärken, schützen und entwickeln sollten. Die neuesten Äußerungen des Oberbürgermeisters, er würde die Finanzierung notwendiger Straßenbahnen nicht unterstützen, kritisieren wir in diesem Zusammenhang erneut. Aktuell erleben alle wie es ist, wenn die Bahn nicht kommt. Statt beim ÖPNV auf der Bremse zu stehen, muss investiert und ausgebaut werden. Dabei dürfen die Preise nicht steigen. Land und auch Stadt müssen eine zukunftsfähige Unterstützung des Nahverkehrs auf die Beine stellen.

Selbstverständlich haben die Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr das Recht, für ihre gute Arbeit auch gut entlohnt zu werden. Noch immer gibt es Gehaltsunterschiede zwischen Ost und West, auch bei den Betrieben des Nahverkehrs. Das muss sich endlich ändern! Ver.di und die streikenden Mitarbeiter*innen stellen berechtigte Forderungen.

Als LINKE stehen wir solidarisch an der Seite der Arbeitnehmer*innen und werben für Verständnis bei allen Fahrgästen.“

Mehr zum Thema auf S. 6

GRUNDRENTE GROSSE ENTTÄUSCHUNG AUCH FÜR M-V

Zum Beschluss der Bundesregierung über die Einführung eines einkommensabhängigen Rentenzuschlags für Geringverdiener, erklärt Torsten Koplin, der sozial- und rentenpolitische Sprecher der Linksfraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern:

„Der von der Bundesregierung beschlossene Rentenzuschlag für Geringverdiener, die sogenannte Grundrente, ist eine große Enttäuschung am Ende eines monatelangen, unwürdigen Streites von CDU/CSU und SPD.

Bei näherem Hinsehen entpuppt sich der Zuschlag nämlich lediglich als eine Art aufpolierte Grundsicherung, von der nur wenige Frauen und Männer profitieren werden. Die vor allem auf Betreiben der CDU vorgenommenen Korrekturen am Konzept und die schwer durchschaubare Berechnungsmethode lässt auch in Mecklenburg-Vorpommern viele Bedürftige leer ausgehen. Etwa diejenigen, die nach der Wende wegen langer Arbeitslosigkeit nicht auf die mindestens 33 Jahre Beschäftigungs-, Erziehungs- oder Pflegezeiten kommen. Vor allem viele Frauen, mit sehr geringer Rente, werden in die sprichwörtliche Röhre schauen. Eben dann, wenn ihre Ehepartner über eine ungleich bessere Rente verfügen. So werden die persönlichen Lebensleistungen ausgesprochen missachtet. Unterm Strich schützt auch die heute von der Regierung Merkel beschlossene Grundrente viele Frauen und Männer eben nicht vor Altersarmut, wie es versprochen wurde. Für die SPD ist dies, entgegen den Äußerungen des zuständigen Bundesarbeitsministers, keine große Leistung, sondern ein Einknikken vor der CDU auf ganzer Linie, und unbürokratisch ist diese Regelung schon gar nicht umzusetzen.

Um Altersarmut trotz langjähriger Beschäftigung wirksam bekämpfen zu können, brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro und die Anhebung des Rentenniveaus von aktuell 48,1 Prozent auf wieder lebensstandardsichernde 52,9 Prozent, so wie es bis zum Jahr 2002 der Fall war. Das weitere Absenken des Rentenniveaus muss beendet werden und eine echte solidarische Mindestrente muss sicherstellen, dass niemand im Alter von weniger als aktuell 1050 Euro netto im Monat leben muss.“

In dieser Ausgabe

Seite 2: Rechtsterrorismus
Seite 3: Gedenken an M. Turgut
Seite 3: AG Seniorenpolitik
Seite 4: Leserbriefe
Seite 5: Nachrufe
Seite 6: RSAG-Warnstreiks
Seite 7: Aus dem Landtag
Seite 8/9: Geschichte
Seite 10: FDP-Hasardeure
Seite 12: Dietmar Bartsch

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
was die politische Linke nicht schafft, besorgt nun der Corona-Virus. Er bringt den Kapitalismus ins Wanken. Lieferketten werden unterbrochen, Fließbänder stehen still, Börsen brechen ein. Aber der Kapitalismus wird die Krise wohl überleben, man kann ja auch mit der Not der Menschen Profite machen.
Einstweilen widmen wir uns anderen wichtigen Problemen: Wir berichten über die Warnstreiks bei der RSAG und über die Bedrohung durch den Rechtsterrorismus und seine trojanischen Esel (Thüringen!). Ja, die Vorgänge in Thüringen zeigen, wohin Geschichtsvergessenheit führt. Umso wichtiger ist das Erinnern an die Verbrechen der Nazis und ihrer blau-braunen Erben.
Wir trauern um unseren langjährigen Chefredakteur Werner Raddatz, der lange Zeit den KLARTEXT geprägt hat. Er hat großen Anteil daran, dass diese Zeitung über viele Jahre kontinuierlich erscheinen konnte. Dafür sind wir ihm zu Dank verpflichtet.
Nach vielen Jahren verabschiedet sich Wolfgang Bergt aus der KLARTEXT-Redaktion. Wir wollen uns an dieser Stelle herzlich für Wolfgangs engagierte und zuverlässige Mitarbeit an unserer kleinen Mitgliederzeitung bedanken. Damit taucht nun aber leider auch die Rotfeder nicht mehr auf.
Die Redaktion würde sich über neue Mitstreiter freuen. Meldet Euch einfach bei uns.
Viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitung wünscht Euch die KLARTEXT-Redaktion. *Carsten Penzlin*

AKTUELLES

Quittung für CDU und FDP nach Tabubruch in Thüringen

Zu den Ergebnissen der Bürgerschaftswahl in Hamburg erklären die beiden Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern, Wenke Brüdgam und Torsten Koplin:

Wir danken den Wahlkämpferinnen für ihren großen Einsatz. Für tausende Gespräche an den Haustüren, für ungezählte Kundgebungen für bezahlbares Wohnen, für euren Kampf für soziale Gerechtigkeit, jeden Tag. Ihr seid toll, ihr habt die Stadt gerockt.

DIE LINKE hat zugelegt, das freut uns sehr, gerade bei der gestiegenen Wahlbeteiligung. Auch bei den absoluten Stimmen wird DIE LINKE hinzugewonnen haben. Unser Thema bezahlbares Wohnen hat den Nerv getroffen. DIE LINKE ist die Partei der Mieterinnen und Mieter und das wissen die Menschen. Wir machen weiter Druck und wir wissen: auch als Oppositionspartei lässt sich viel verändern, wenn wir mit den Menschen und den Bewegungen zusammenarbeiten. DIE LINKE bleibt auch in Hamburg die Partei der sozialen Gerechtigkeit.

CDU und FDP haben für ihren Tabubruch in Thüringen die Quittung kassiert. Wer mit Faschisten zusammenarbeitet, wird von den Wählerinnen und Wählern abgestraft. Wir fordern sowohl FDP und CDU in Mecklenburg-Vorpommern dazu auf, bei diesem Thema eine klare Haltung zu zeigen.

AKTUELLES

Mitgefühl mit den Betroffenen des rechten Terroranschlags

Zum bewaffneten Angriff auf zwei Shisha-Bars in Hanau (Hessen) mit mehreren Toten erklärt der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Peter Ritter:
„Unabhängig des Motivs gilt unser aufrichtiges Mitgefühl den Betroffenen und Angehörigen dieser abscheulichen Tat. Sollte sich jedoch der Verdacht auf einen rassistischen Hintergrund des Massakers bestätigen, wäre dies ein weiterer erschütternder Beleg für die gegenwärtige Gefahr rechten Terrors.
Rechter Terror war seit dem 2. Weltkrieg immer präsent – er gehört zur Geschichte der Bundesrepublik. Doch die Schlagzahl rechtsterroristischer Täter, Gruppen und Netzwerke nimmt zu. Der antisemitische Anschlag von Halle ist keine fünf Monate her, der Mord an Walter Lübcke gerade einmal ein dreiviertel Jahr. Die sogenannte Gruppe S., Combat 18, Nordkreuz, NSU – Wer die Massivität dieses Problems für unsere Gesellschaft nicht erkennen will oder weiterhin leugnet, macht sich zum Handlanger dieser mörderischen Ideologie.
Rechter Terror ist nicht das Produkt von Einzeltätern. Häufig agieren die Mörder in Gruppen und Netzwerken, saugen ihren Motivation aus Internetforen und fühlen sich durch eine unentwegte Diskursverschiebung nach rechts bestätigt. Wenn wir diese Entwicklung aufhalten wollen, müssen wir die geistigen Brandstifter klar benennen. Als Katalysator rechten Terrors fungieren all jene, die vom ‚Volkstod' oder dem ‚großen Bevölkerungsaustausch' fabulieren.
Shisha-Bars scheinen auch der hiesigen AfD-Fraktion ein Dorn im rechten Auge zu sein. Erst auf der jüngsten Landtagssitzung wollten die Rechtsaußen-Biedermänner unter dem Deckmantel der Gesundheitspolitik auf die Gefahren dieser Einrichtungen hinweisen. Doch den völkisch-rassistischen Kern ihres Anliegens offenbarten sie direkt im ersten Satz des Antrages. Darin machten sie die vermeintliche ‚kulturelle Erweiterung durch die ungeordnete Masseneinwanderung aus Nordafrika und dem Nahen Osten' als vordergründige Problemlage aus."

Den Mutigen gehört die Welt: Werde aktiv!
DIE LINKE.

GEDENKEN AN MEHMET TURGUT

Zum 16. Jahrestag der Ermordung von Mehmet Turgut in Rostock Toitenwinkel durch den NSU erklärt der Obmann der Linksfraktion im NSU-Untersuchungsausschuss, Peter Ritter:

„Es ist wichtig, Mehmet Turgut und allen weiteren Opfern des NSU und rechten Terrors zu gedenken. Der Mord an Mehmet Turgut geschah nicht aus heiterem Himmel, sondern reiht sich ein in eine jahrzehntelange Serie tödlicher rechter Gewalt. Die Serie ist bis heute ungebrochen, die rechte Terrorszene macht offenbar ungebremst mobil. Hierfür sind auch jene mit verantwortlich, die rassistische und menschenverachtende Parolen salonfähig gemacht haben. Kassel, Halle, Hanau – die Saat der rechten Hetzer und geistigen Brandstifter geht auf.

Es war höchste Zeit, dass nach Jahren des Aussitzens auch in M-V ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA) zur Aufarbeitung der NSU-Terrorserie eingerichtet wurde. Zu viele drängende Fragen sind bislang offengeblieben: Wie viele Mitwisser und Unterstützer hatte das NSU-Kerntrio? Weshalb schlugen die Rechtsterroristen in Rostock Toitenwinkel zu? Warum wollten die Ermittlungsbehörden ein rassistisches Mordmotiv partout nicht erkennen und nahmen stattdessen die Familien der Opfer in den Fokus?

In Rostock nahmen am 25. Februar über 100 Menschen an der traditionellen Gedenkfeier für Mehmet Turgut teil. Für die Rostocker VVN-BdA legten Prof. Wolfgang Methling und Dr. Henning Schleiff ein Gebinde nieder. Bürgerschaftspräsidentin Regine Lück sprach zu den Anwesenden. Turgut war 2004 am Neudierkower Weg von den Terroristen des NSU ermordet worden. Foto: C. Penzlin

Eines ist durch die bisherigen Zeugenvernehmungen deutlich geworden: Die Terrorserie einschließlich der fehlgeleiteten polizeilichen Ermittlungen wurden nicht ausreichend aufgearbeitet. Nach der Selbstenttarnung des NSU wurde keiner der bislang gehörten Polizeibeamten durch das hiesige Innenministerium zum Mord befragt, mit keinem wurden die Ermittlungen kritisch reflektiert. Um die richtigen Rückschlüsse und Lehren aus dem Geschehenen ziehen zu können, ist eine gründliche Aufarbeitung unerlässlich.

Es ist im PUA auch deutlich geworden, dass der Untersuchungsauftrag in der verbleibenden Zeit nicht zu erfüllen ist. Eine Fortsetzung der Aufklärungsarbeit wird in der kommenden Legislaturperiode unumgänglich sein, damit das Aufklärungsversprechen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und die ‚Nie wieder'-Rufe nicht nur Worthülsen bleiben."

EINE UNTERHALTSAME „AUFHOLJAGD"

Arbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik Rostock sucht Anschluss an den Stand der Technik

Angeregt durch das Auftreten eines Vertreters des Europäischen Integrationszentrums Rostock (EIZ) auf dem 33. Kooperationstreffen des Landesseniorenbeirats, absolvierte ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik Rostock der Partei DIE LINKE am EIZ die Ausbildung zum SilverSurfer. Unter seiner Anleitung erörtern Interessierte die Einsatzmöglichkeiten von Smartphone &. Tablet und tauschen dabei ihre bisherigen Erfahrungen aus.
In den ersten Monaten des Jahres trafen sich Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, um ihre Kenntnisse beim sicheren Umgang mit den modernen Kommunikationsmitteln zu erweitern. Schwerpunkte bildeten neben der Bedienung u. a. Datensicherheit, Möglichkeiten der Recherche und des Online-Einkaufs, rechtliche Fragen sowie die Beurteilung der Seriosität von Inhalten des Internets.
Wer einmal die große Bereicherung durch die Nutzung des vor 15 Jahren gegründeten Videoportals YouTube erfahren hat, möchte darauf nicht mehr verzichten. Zugleich sehen wir die damit verbundenen Gefahren. Besonders groß ist bei Älteren die Skepsis gegenüber den sogenannten „Sozialen Medien" verbreitet, die auch eine Plattform für die Verbreitung von Hetze und Hass bieten, der sich bereits die heranwachsende Generation ausgesetzt sieht. Als die Älteren sind wir in der Lage und in der Verantwortung, der jüngeren Generation bei der Befähigung zur Quellen-Kritik zu helfen und somit umfassende Medienkompetenz zu erwerben, die davor schützt, sich in „Filterblasen" und „Echokammern" des Internets zu verfangen. Gern amüsieren wir uns, wenn etwa 3jährige mit einem abgelegten Handy die Erwachsenen imitieren. Auf ihrem Weg dürfen wir die Heranwachsenden nicht allein lassen.
Die Aufklärung über einen verantwortungsbewussten Umgang mit den modernen Medien sollte eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung sein, an der wir uns als SeniorInnen ebenso beteiligen.
Gute Gelegenheit, die eigenen Voraussetzungen dafür zu verbessern, bieten die SilverSurfer-Angebote in den Stadtteil- und Begegnungszentren sowie auch das durch das EIZ Rostock angebotene ComputerCafé für Seniorinnen und Senioren, jeweils am ersten Montag des Monats, 15.00 – 16.30 Uhr, im Europa-Haus, Mühlenstraße 9. (Anmeldung erforderlich / www.eiz-rostock.de/veranstaltungen-eiz/)
Hilfestellung kann auch der „Wegweiser durch die digitale Welt" leisten, ein durch die BAGSO erarbeiteter Leitfaden, der u.a. in der Geschäftsstelle des Kreisvorstandes vorliegt.
Dieser Beitrag kann nicht auskommen, ohne den Blick auf die vielen Genossinnen und Genossen im Senioren-Alter, die aus verschiedensten Gründen über keinen Internet-Anschluss verfügen und dennoch eine tatkräftige und wirkungsvolle Parteiarbeit in unterschiedlichen Bereichen und Organisationen sowie in der Öffentlichkeit leisten. Wir haben darauf zu achten, dass die enge Verbindung mit ihnen durch den persönlichen Kontakt, telefonisch oder per Brief weiterhin gesichert ist. Als AG Seniorenpolitik unterstützen wir deshalb auch den Leitantrag „Analoge Teilhabe in digitalen Zeiten" für das XI. Altenparlament MV (23.04.20), an dem unsere Genossen Wolfgang Schmidt und Dieter Erdmann als Delegierte teilnehmen werden.

Klaus Röber
Arbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik Rostock

DDR-Gespräche einschränken?

Als sich unser Stadtteilverband zu seiner Mitgliederversammlung am 05. Februar traf, lag der neue KLARTEXT auf dem Tisch. Einige Genossinnen und Genossen hatten bereits die Online-Ausgabe angesehen und waren vorgewarnt, die anderen lasen mit Erstaunen im vorletzten Absatz auf Seite 3 im Bericht über die Regionalkonferenz in Güstrow folgende Worte:
„... Jüngere Mitglieder äußerten den Wunsch, Gespräche über die DDR einzuschränken. Der Grund: Jüngere Menschen interessieren sich eher für andere Themen und möchten nach vorne schauen.“
Einhelliges Kopfschütteln, Unverständnis. Wie viele „jüngere Mitglieder“ haben sich so geäußert, dass es Eva als Autorin die Erwähnung in dem Beitrag wert war? Wie jung muss man sein, um „jünger“ genannt zu werden? Offensichtlich so jung, dass man die DDR nicht mehr selbst bewusst erlebt hatte ...
Nein, liebe jüngere Mitglieder, diesen Wunsch können und möchten wir Euch nicht erfüllen!
Der Grund liegt auf der Hand: Die Bewohnbarkeit unseres Planeten ist akut durch Kriegsgefahr und Erderwärmung gefährdet, Bildungs- und Gesundheitswesen liegen in unserem Land am Boden, Wohnen droht nicht mehr bezahlbar zu sein, Millionen von Menschen leben in Armut oder sind akut davon bedroht. Um zu verhindern, dass sich die Menschen, um diese Zustände zu ändern, nach einem anderen, fortschrittlicheren Gesellschaftssystem umsehen und etwa auf „sozialistische Gedanken“ kommen, haben die Herrschenden, die von den beschriebenen Zuständen profitieren und weiter profitieren wollen, den von ihnen beherrschten Medien den Auftrag gegeben, dasjenige Deutschland, in dem diese Notstände nicht herrschten, ständig zu verteufeln, zu verleumden und durch Lügen und ihre Steigerung, durch Halbwahrheiten, herabzuwürdigen. Wenn wir nun, statt zu analysieren, was Fortschritt gegenüber heute war und welche Faktoren zum Zusammenbruch der DDR führten, unsere Gespräche darüber „einschränken“, dann machen wir die Arbeit unserer politischen Gegner.
Darüber hinaus ist es gar nicht so leicht, „andere Themen“ zu finden, die sich nicht mit der DDR in Verbindung bringen lassen. Den „jüngeren Mitgliedern“ sei empfohlen, sich zu informieren, in welchem Maße und in welchem Umfang DDR-Geschichte offiziell verfälscht und missbraucht wird. „Nach vorne schauen“ wollen wir alle, aber auch die Fehler der Vergangenheit vermeiden.
Übrigens, die linke Sinn Féin-Partei hat die letzten Wahlen in Irland auch deshalb gewonnen, weil sie erfolgreich die Kampagne „Reclaim our history“ (Unsere Geschichte zurückerobern!) geführt hat. Die bürgerlichen Parteien hatten mit der einseitigen Herausstellung der reaktionären Milizen seit dem Aufstand 1916 die Geschichte verfälscht.

Gerdt Puchta, Mitglied des Vorstandes des Stadtteilverbandes Nordost

***

Leserbrief von Friedrich Keding und Arnold Scholtz vom Ortsverband DIE LINKE in Bad Doberan

Als Reaktion auf die Aktivitäten des Finanzministers Olaf Scholz senden wir euch folgende Zeilen.
Im KLARTEXT Nr. 255 erschien ein Artikel zum Problem VVN-BdA. Hierzu von unserer Seite noch folgende Anmerkungen.
Kurz vor Weihnachten wurde bekannt, dass die Vereinigung Change.org e.V. die Gemeinnützigkeit verlieren soll. Dies ist nach attac, Compact und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes der vierte Verein, der die Gemeinnützigkeit verlieren könnte.
Die Gewerkschaftszeitung VER.DI 8/2019 beschreibt dies als unfassbaren Vorgang und erinnert an den antisemitischen Anschlag in Halle vier Wochen vor der Ankündigung durch das Finanzministerium. Hier muss man sich fragen, wieso eine Vereinigung wie Uniter das Privileg der Gemeinnützigkeit hat. Hat die SPD, in Person des Olaf Scholz, vergessen, dass nicht nur Kommunisten Opfer des Naziregimes waren? Opfer waren weiter viele Genossen der SPD wie Rudolf Breitscheid, viele andere Kämpfer gegen das Naziregimes wie Hans und Sophie Scholl, viele Sinti und Roma. Die ganzen Morde im und durch den Zweiten Weltkrieg zählen dazu. Vor allem zählt dazu die systematische Vernichtung von politischen Gegnern, Juden, Sinti und Roma und Kriegsgefangenen und Behinderten.

Friedrich Keding, Arnold Scholtz

***

Zum Sozialstaatskonzept der Partei DIE LINKE

Liebe Genossinnen und Genossen der Redaktion des „Klartext“,
auch wir, die Mitglieder des Stadtteilverbandes Nordost, haben „Das LINKE Konzept für einen demokratischen Sozialstaat der Zukunft“, während unserer Mitgliederversammlung im Monat Januar, intensiv diskutiert. Im Ergebnis dieser Diskussion haben wir beschlossen, dem Parteivorstand unseren Standpunkt zu diesem Konzept mitzuteilen. Den Inhalt dieses Schreibens geben wir Euch hiermit in der Anlage zur Kenntnis und zur Veröffentlichung im „Klartext“.

Mit herzlichen und sozialistischen Grüßen,
Holger Möller, Sprecher des Stadtteilverbandes

Liebe Genossinnen und Genossen des Parteivorstandes,
während unserer Mitgliederversammlung im Monat Januar 2020 haben wir intensiv den Beschluss des Parteivorstandes vom 11. Januar 2020 „Das LINKE Konzept für einen demokratischen Sozialstaat der Zukunft“ diskutiert. Alle anwesenden Genossinnen und Genossen sind zu dem Ergebnis gekommen, dass dieses Konzept völlig unzureichend und nicht geeignet ist, das kapitalistische Gesellschaftssystem zu überwinden und die mit dem Kapitalismus verbundenen aktuellen und brisanten Probleme wie die Sicherung des Weltfriedens und soziale Gerechtigkeit zu meistern sowie einen wirkungsvollen Beitrag zum Abbremsen der Klimaveränderungen zu leisten. Einzelne gesellschaftliche Bereiche zu reformieren reicht nicht aus, um den Grundwiderspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit und der kapitalistischen Aneignung von deren Ergebnissen zu lösen.
Um unsere Partei aus dem Tief der Wählerstimmen herauszuführen, bedarf es der klaren Unterscheidbarkeit von reformistischen Parteien, besonders der SPD, und eines klaren sozialistischen Profils und nicht des Versuches, sich diesen durch das Fordern nach Abmildern der schlimmsten Auswirkungen des kapitalistischen Systems anzunähern. Das schließt partielle und temporäre Bündnisse mit solchen Kräften nicht aus.
Verabschieden wir uns von unrealistischen Koalitions- bzw. Mitregierungsvorstellungen mit Parteien, die die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht verändern, sondern nur systemerhaltend reformieren wollen.
Mit diesem derzeitigen Konzept kann es nicht gelingen, Menschen für linke, friedensstiftende und sozial gerechte Politik zu mobilisieren.
Dazu erwarten wir von der am 29.2./1.3.2020 in Kassel stattfindenden Strategiekonferenz konkrete Aussagen.

Sprecher des Stadtteilverbandes Rostock Nordost
gez. Holger Möller

DIE LINKE TRAUERT

Ein Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen!
Genosse Werner Raddatz ist am 08. Januar 2020 verstorben!

Ich hatte das Glück, Werner Raddatz im Jahr 1986 kennen lerne zu dürfen, als einen aufrichtigen, fleißigen und über Parteigrenzen hinaus verbindenden Menschen. Als Mitglied des PDS-Kreisvorstandes Bad Doberan unterbreitete Werner im Jahr 1994 zur Erhöhung der Wirksamkeit unserer politischen Arbeit den Vorschlag, eine eigene Kreiszeitung herauszugeben. Gemeinsam mit Dr. Klaus Born, Torsten Schlutow, Dr. Jochen Schultz, Vera Labitzke, ihrem Mann Manfred und mir wurde diese Idee in die Tat umgesetzt. Es war die Geburtsstunde unseres „KLARTEXT“. Von 1994 bis 2006 war **Werner Raddatz** Chefredakteur unserer Mitgliederzeitung, deren inhaltliche Profilierung wesentlich seine Handschrift trug.

Über die Wende hinaus blieb er sich, seinen Idealen und unserer Partei treu.
Ruhestand war nicht **Werners** Sache. Auf Landesebene engagierte es sich im Landesparteirat der PDS Mecklenburg-Vorpommern, war interessiert an jeglicher Form des politischen Gedankenaustausches im Landesverband und auf Bundesebene. Sein Wissen um die Probleme und deren Lösungsmöglichkeiten brachte er in seine ehrenamtliche Arbeit ein.
Werner Raddatz war aber auch ein Genuss-Mensch. Legendär waren unsere Fahrten nach Schwerin. Wolfgang Leuchter, Werner und ich, wir freuten uns schon immer auf die Rückfahrten. Im Landgasthof in Zickhusen an der B 106 gab es das berühmte „Rieseneisbein“. Werner verstand es wie kein anderer den Teller blitzblank zu leeren.
Vor allem verschlang Werner aber Bücher, Zeitschriften. Er schätzte ein gutes Gespräch und anregende Diskussionen. Auf Grund seines gesundheitlichen Zustandes fiel es Werner zunehmend immer schwerer das Haus zu verlassen, sich aktiv einzubringen. Er freute sich über jeden Besuch, über jedes Gespräch zum Austausch von Argumenten, um zu überprüfen, ob er in seinen Überlegungen richtig liegt.
Bisher konnten wir Werner Raddatz immer um Rat befragen. Jetzt weilt er leider nicht mehr unter uns. Werner Du fehlst mir!
In diesen schweren Stunden gilt mein tiefes Mitgefühl seiner Familie.
Wir werden **Genossen Werner Raddatz** stets in Ehren gedenken.
Mit stillem Gruß

Peter Hörnig

***

Nachruf
für Genossen Herbert Bernig

Der Stadtteilverband Hansaviertel/Gartenstadt/Komponistenviertel trauert um seinen Genossen Herbert Bernig, der nach schwerer Krankheit am 22.Januar verstarb.

Sein beruflicher Weg führte ihn zu den Seestreitkräften der Nationalen Volksarmee, in einer über vierzigjährigen Dienstzeit vom Matrosen zum Konteradmiral. Es entsprach seiner Überzeugung, als Angehöriger der NVA für die Sicherung des Friedens in Europa zu dienen. Mit der politischen Wende in der DDR trat Genosse Bernig in den Renten-, nicht aber in den Ruhestand. Er engagierte sich in der PDS und wirkte hier mit seiner politischen und Lebenserfahrung. Mit einer Gruppe ehemaliger Offiziere nahm er Kontakt zum „Darmstädter Signal“ auf, einem Verein von Soldaten der Bundeswehr, die die aktuelle Militärpolitik der Bundesregierung kritisieren.
Genosse Bernig wirkte in einer Vereinigung ehemaliger Offiziere und Soldaten der NVA mit, die am 5.Mai 2015 mit einem Appell „Soldaten für den Frieden“ an die Öffentlichkeit traten. Darin warnen sie angesichts der neuen West-Ost-Konfrontation vor einem Krieg und fordern Kooperation statt Konfrontation mit Russland.
Im Stadtteilverband wirkte Genosse Bernig im Sprecherrat und mehrfach als Delegierter des Kreisparteitages mit, wo uns sein sachliches Urteil und seine Überzeugungskraft große Hilfe waren.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Stadtteilverband Hansaviertel/Gartenstadt/Komponistenviertel

***

Wir trauern um

Genossin Christel Schlutow

26. November 1937 24. Februar 2020

Ihr Herz schlug links.
Die gesundheitlichen Belastungen der letzten Monate haben ihr viel Kraft abverlangt.
Ihr jahrzehntelanges Engagement trug wesentlich zum Erhalt und zur Entwicklung der Basisorganisation DIE LINKE des Amtes Schwaan bei.
Wir werden ihrer stets in Ehren gedenken.

Mit stillem Gruß

Kreisvorstand DIE LINKE.Landkreis Rostock
Basisorganisation DIE LINKE.Amt Schwaan

WARNSTREIKS BEI DER RSAG

Interview Torsten Sting/René Henze mit Pierre Prühs, Bus- und Straßenbahnfahrer

Um was geht es bei der Tarifrunde? Was sind die Forderungen von ver.di?
In dieser Tarifrunde geht es um die Erhöhung der Stundenlöhne um 2,06€ und einen Angleichungsbetrag von 100€ zu den Lohntabellen der Betriebe des ÖPNV im TVN Schleswig-Holstein.
Wie sind die Arbeitsbedingungen bei euch?
Die Arbeitsbedingungen sind bei uns, so wie im gesamten ÖPNV Gewerbe gekennzeichnet durch Wechselschicht und Sonn- und Feiertagsarbeit. Hinzukommen geteilte Dienste und Arbeitsbeginne oder Ende früh am Morgen bzw. spät in der Nacht und das Ganze an verschieden Anfangs- und Endorten.
Was ist deine Einschätzung wie es weitergeht?
Ich denke, dass die Arbeitgeber uns in den weiteren Verhandlungsrunden noch weiter entgegen kommen werden. Geht man bei der derzeitigen Klimadiskussion von einem weiteren Wachstum und dem damit verbundenen Ausbau des ÖPNV aus, wird es schwer junge Leute für den Nachwuchs zu gewinnen. Die vorgenannten Arbeitsbedingungen lassen sich in dieser Branche nur schwer verbessern, deswegen kann auch ein anständiges Gehalt gut motivieren.
Ihr habt jetzt drei Warnstreiks gemacht. Zwei davon ganztägig. Wie wurde der Streik von den Fahrgästen aufgenommen? Habt ihr auch Solidarität erfahren?
Als wir in der Hamburger Straße als Streikende vor dem Betriebstor der RSAG standen, gab so manches vorbeifahrende Auto ein kleines Hupkonzert. Auch LKW Fahrer drehten ihre Seitenscheiben herunter und zeigten den nach oben gerichteten Daumen. Liest man sich so durch die sozialen Netzwerke, gibt es natürlich auch genügend negative Meinungen, gerade von Betroffenen, welche an den Streiktagen den ÖPNV der RSAG nicht nutzen konnten. In Zeiten wachsender Entsolidarisierung innerhalb der Gesellschaft ist auch vielen unbewusst, das Lohnforderungen nur über Arbeitskampfmaßnahmen einer Gewerkschaft durchgesetzt und durchgeführt werden können.
Schließlich ließen sich noch Vertreter linker Parteien und Gruppierungen, ihr und ich glaube welche von der MLPD, bei uns sehen und zeigten ihre Zustimmung.
Was sind deine Erwartungen an deine Gewerkschaft wie der Arbeitskampf weiter geführt werden soll?
Meine Gewerkschaft musste in der Vergangenheit, was die Mitgliederzahl betrifft, ganz schön Federn lassen. Eine wesentliche Rolle spielte dabei im TVN Mecklenburg-Vorpommern die lange Laufzeit der Abschlüsse bis 2015. Die moderaten Lohnsteigerungen, die auch Arbeitsplätze sichern sollten, konnten den Preissteigerungen lange nicht mehr standhalten. Die Preise fürs Wohnen und für Energie liefen uns davon. Auch heute ist es noch schwer bis nahezu unmöglich als Familienvater mit Kindern eine neu gebaute Wohnung im privat finanzierten Bereich anzumieten.
Deswegen gehen meine heutigen Erwartungen an Verdi, für zukünftige Abschlüsse bei Tarifverhandlungen, von Forderung über der Inflationsrate von Preisen für Mieten und Bauen, Energie und Lebensmittel und Laufzeiten nicht über 2 Jahre aus.
Das Vertrauen in Verdi ist gegenwärtig wieder am Steigen. Ob es dabei bleibt wird sich noch in der jetzigen Tarifrunde zeigen.

Wie ist die Stimmung bei den Kolleginnen und Kollegen? Wie groß ist die Geschlossenheit?
Da die RSAG so ungefähr 700 Mitarbeiter beschäftigt, die innerhalb des TVN in verschiedenen Einstufungen gruppiert sind, gibt's natürlich auch 700 verschiedene Meinungen und Stimmungen. Bis 2015 hatten gerade die Mitarbeiter im Fahrdienst die größten Einbußen in ihren Entgeltstufen, im Verhältnis zu den steigenden Lebenshaltungskosten. Deswegen ist hier die Geschlossenheit und Streikbereitschaft auch am Größten.
Schlussendlich sind die jetzigen Forderungen nach Lohnsteigerung durch die Mitarbeiter an die Verdimitglieder und weiter in die Tarifkommissionen getragen worden, im Herbst 2019 wurden diese einheitlich für das gesamte TVN Nord Gebiet (Schleswig-Holstein/ Mecklenburg Vorpommern) gebündelt und von Verdi aufs Papier gebracht.
Rostock, 13.02.2020

Land muss Signal für Streitschlichtung beim Nahverkehrstarifstreik setzen

Zum Tarifstreit zwischen der Gewerkschaft ver.di und dem Kommunalen Arbeitgeberverband erklärt die verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Mignon Schwenke:
„Der aktuelle Tarifstreit zwischen der Gewerkschaft ver.di und dem Kommunalen Arbeitgeberverband mit massiven Auswirkungen auf den Nahverkehr zeigt das eigentliche Problem: Der Nahverkehr ist chronisch unterfinanziert.
Das Argument, dass zusätzliche Kosten für mehr Entgelt zwangsweise zu noch höheren Fahrpreisen führen, muss durch die Landesregierung umgehend ausgeräumt und ein Signal zur Streitschlichtung gesetzt werden. Die Möglichkeiten der Unterstützung durch die Landkreise sowie die beiden kreisfreien Städte Rostock und Schwerin sind offenbar ausgeschöpft. Weiteres Einsparpotenzial bei den Verkehrsunternehmen gibt es nicht. Höhere Fahrpreise für das in weiten Teilen des Landes völlig unzureichende Nahverkehrsangebot würden Fahrgäste insbesondere in ländlichen Regionen abschrecken und gerade diejenigen treffen, die zwingend auf den ÖPNV angewiesen sind. Zudem brauchen kommunale Verkehrsunternehmen endlich bessere Chancen, dringend benötigte Beschäftigte mit guten Angeboten in die Unternehmen zu holen.
Der Landtag befasst sich aktuell mit der künftigen Finanzierung des Nahverkehrs in M-V. Der Bundesrat hat vor wenigen Tagen den Weg für zusätzliche Mittel des Bundes für einen besseren Nahverkehr frei gemacht. Ich fordere dringend Nachbesserungen beim ÖPNV-Gesetz des Landes. SPD und CDU dürfen sich nicht – wie mit dem aktuellen Gesetzentwurf vorgesehen – völlig der Verantwortung für Bus und Straßenbahn entledigen. Im Gegenteil, Landkreise und kreisfreie Städte müssen

verlässlich eine gesetzlich verbriefte Unterstützung durch das Land zugesichert bekommen – für mehr Angebot, die Erneuerung der Fahrzeugflotte und Tarifanhebungen für die Beschäftigten.
Es reicht nicht, mehr Tarifbindung zu fordern, aber selbst völlig untätig zu sein. Zumindest 2017 war die Landesregierung völlig ahnungslos, wie es überhaupt mit der Tarifbindung in den kommunalen Verkehrsunternehmen aussieht. Ob sich dies geändert hat oder weiterhin die Landeregierung nicht interessiert, fragen wir unter anderem gerade nach."

Hintergrund: Die Anpassung an die großen Kreisstrukturen war zwangsläufig mit dem Zusammenschluss kommunaler Verkehrsunternehmen verbunden. Das geschah auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Weniger Personal, eingefrorenes Entgelt und schlechtere Arbeitsbedingungen verstärkten die ohnehin mit der Ausdünnung des Nahverkehrsangebots verbundenen Folgen wie noch mehr geteilte Schichten und noch mehr Flexibilität bei den Busfahrerinnen und Busfahrern. Jetzt ist das Ende die Fahnenstange endgültig erreicht. Schlechtes Gehalt bei viel Verantwortung, langen Arbeitszeiten und viel Fahrerei durch Schichtunterbrechungen machen den Beruf des Busfahrers oder Busfahrerin wenig attraktiv. Wenn noch dazu wie etwa in Schleswig-Holstein deutlich mehr zu verdienen ist, haben hiesige Unternehmen das Nachsehen.

AUS DEM LANDTAG

Vom 3. bis 5. Februar fand die traditionelle Winterklausur der Landtagsfraktion DIE LINKE in Banzkow statt. In knapp 21 Monaten finden in Mecklenburg-Vorpommern die Landtagswahlen und wohl auch die Bundestagswahlen statt.

Am ersten Klausurtag hat sich die Linksfraktion mit den Schwerpunkten ihrer Arbeit in den kommenden Monaten beschäftigt. In drei Arbeitsgruppen wurden die Bereiche „Gute Arbeit", „Gute Bildung" und „Gutes Leben" diskutiert und mit konkreten Vorschlägen und Forderungen untersetzt. Dazu die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg:
„Die Arbeitswelt und die Bedingungen für Beschäftigte verändern sich zum Teil dramatisch. Gute Arbeit auch unter veränderten Bedingungen heißt für uns, dass die Arbeitsplätze sicher sind und gut bezahlt werden müssen. Gute Arbeit darf nicht krank machen und sie muss genügend Zeit für Familie, Freunde und Freizeit lassen. Die Realität sieht in Mecklenburg-Vorpommern anders aus. Bei uns wird Arbeit oft schlecht bezahlt, oftmals ist ein Zweitjob notwendig, um ohne staatliche Hilfe über die Runden zu kommen. Zudem gibt es viele unsichere und saisonale Arbeitsplätze, viele Überstunden werden nicht bezahlt und die Tarifbindung ist gering. Selbst der Mindestlohn wird oft umgangen.
Die geforderte ständige Erreichbarkeit und die psychischen Belastungen nehmen zu. Arbeit macht zunehmend krank. Nach wie vor finden viele Frauen und Männer keine Arbeit in unserem Bundesland, sie müssen täglich, wöchentlich oder gar monatlich in andere Bundesländer oder ins Ausland zur Arbeit pendeln.

Wir fordern u.a. die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde. Um eine stärkere Tarifbindung zu erreichen, müssen die Wirtschaftsförderung und die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an die Bedingung geknüpft werden, dass die Unternehmen nach Tarif bezahlen. Unbefristete Arbeitsverhältnisse müssen wieder die Regel werden, in der Leiharbeit muss sofort das Prinzip ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit' gelten.

In der Bildung brennt es an allen Ecken und Enden. Enormer Unterrichtsausfall, zu wenige Lehrerinnen und Lehrer und ein miserables Lehramtsstudium sind nur einige Probleme, die zwingend angepackt werden müssen.

Zunehmend ist die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kinderbetreuung für viele Eltern immer schwieriger zu bewältigen. Kinder bleiben nach der Schule oftmals sich selbst überlassen, während die Eltern arbeiten müssen. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden. Nur ein Anspruch auf einen kostenfreien Hortplatz für alle Kinder bis zur 6. Klasse und auch in den Ferienzeiten kann hier Abhilfe schaffen. Damit wäre eine gute Betreuung der Lütten gewährleistet. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass alle Kinder in der Schule ein gesundes Mittagessen bekommen. Wir fordern, dass an allen Schulen und für alle Kinder ein gesundes Mittagessen für die Eltern kostenlos angeboten wird.

Schulbildung muss kostenfrei sein. Die Realität sieht aber anders aus, wenn es um Projektfahrten geht. Dann werden in schöner Regelmäßigkeit die Eltern für Fahrtkosten und Eintrittsgelder zur Kasse gebeten. Damit werden viele Schülerinnen und Schüler von der Bildung ausgeschlossen, deren Eltern sich dieses nicht leisten können. Projektfahrten sind Unterricht am anderen Ort und Unterricht muss immer kostenfrei sein, auch wenn auf Projektfahrten außerhalb der Schule stattfindet.
Die Sicherung von Mobilität ist zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge. Sie ist enorm wichtig, wenn wir von gutem Leben sprechen. Erreichbarkeit von Arbeit, Arzt und Versorgung ist für alle, ob in den Städten oder auf dem Land, auch ohne Auto sicherzustellen. Das geht nur mit einem guten Nahverkehr mit Bahn und Bus. Auch muss der Radverkehr endlich gleichberechtigt weiterentwickelt und vor allem sicherer werden. Um den Umstieg attraktiver zu machen, müssen Tickets preiswert und perspektivisch kostenfrei sein.

Die Digitalisierung muss genutzt werden, um etwa Fahrauskünfte in Echtzeit und E-ticketing landesweit einzuführen.
Damit der Umstieg vom Auto in den ÖPNV besser gelingt und die Städte mehr Platz für Fußgänger und Radfahrer haben, muss auch das Park&Ride-System ausgebaut und Bahn und Bus optimal verzahnt werden. Mit dem Rufbus muss jedes Dorf landesweit stündlich angebunden werden.

Gutes Leben muss gerade auch für unsere Kinder und Jugendliche gelten. Chancengleichheit darf nicht länger eine Worthülse sein. Die Kostenfreiheit in der Kita ist ein erster Schritt – allerdings dürfen die Kosten nicht bei den Kommunen hängenbleiben. Jetzt gilt es, die Qualität in den Kitas zu erhöhen, u.a. brauchen wir mehr Erzieherinnen und Erzieher. Dringend erforderlich ist, dass die Kinder- und Jugendarbeit vor Ort gestärkt, die Höhe der Mittel den tatsächlichen Erfordernissen angepasst werden muss. Auch der Kinderschutz muss gestärkt werden, die bestehende Hilfestruktur muss viel besser aufeinander abgestimmt werden.
Zu einem guten Leben gehört eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung genauso wie bedarfsgerechter und bezahlbarer Wohnraum – und das in Stadt und Land. Das geht nur mit einer deutlich besseren sozialen Wohnraumförderung."

75 JAHRE BEFREIUNG VOM FASCHISMUS

Vor 75 Jahren wurde Deutschland vom Nationalsozialismus befreit. Wir wollen in den kommenden Ausgaben Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sprechen lassen. Wie haben sie die Befreiung und die Jahre des Wiederaufbaus erlebt?

Was Jugendliche nach der Befreiung 1945 bewegte

Klara Lindow berichtet:
Im Winter 1945/46 gab es öffentliche Anschläge, in denen eingeladen wurde zur Antifa-Jugend (Antifaschistische Jugendausschüsse). Ich dachte, da gehst du mal hin. In der Hitlerzeit waren unsere Vorbilder Kapitänleutnant Prien oder Mölders oder wie diese Ritterkreuzträger hießen. Das war ja nun nichts mehr. Meine Motivation war, dass ich etwas suchte, woran ich glauben konnte. Am Schillerplatz gab es einen relativ großen Luftschutzkeller, da haben wir uns die ersten Abende getroffen.
Wir waren ungefähr 40 Jugendliche. Wenn ich mir überlege, wer damals aus antifaschistischen Motiven kam. Das Wort kannten wir ja kaum. Ich hatte die Namen Karl Marx, Friedrich Engels und Rosa-Luxemburg noch nie gehört. Wir waren eigentlich alles Menschen, die etwas suchten, die auch die Gemeinschaft suchten und die etwas unternehmen wollten. Und eines unserer ersten beherrschenden Gedanken war ein FDJ-Lied, das später noch gesungen wurde: „Keiner plagt sich gerne doch wir wissen, grau ist´s immer wenn der Morgen naht und aus Not und Kümmernissen, steh´n zum Handanlegen wir parat. Fort mit den Trümmern und was Neues hingebaut. Um uns selber müssen wir uns selber kümmern. Und heraus gegen uns, wer sich traut.“

Und das war es eigentlich. Um uns selber müssen wir uns selber kümmern! Und das waren unsere Motive. Wir müssen aus dem Schlammassel heraus. Und wenn wir das diskutiert hatten, endete es meist immer mit Tanz. Wenn keiner eine Ziehharmonika oder ein Akkordeon mit hatte, haben wir gesungen, weil wir ausgehungert waren nach Lebensfreude. Musik, Tanz waren im Krieg nicht erlaubt.
Wir bildeten einen Chor und eine Laienspielgruppe. Zuerst spielten wir solche Schmarrn wie “Die Verlobungshose“ und die „Braut des Wilderers“. Dann kam etwas mehr Niveau hinein als Rudi Grand kam. (Rudi kann aus der Emigration aus England zurück.) Da spielten wir ein Stück, in dem Katja Niederkirchner vorkam. Marianne Gley war die Katja und ihr Partner Thomas. Wir haben sie dann nur noch Thomas und Katja genannt, so sehr hatten sie sich mit diesen Rollen identifiziert.

Und dann haben wir uns verabredet, wohin gehen wir am Sonntag zum Enttrümmern. Ich hab noch ein Foto wo ich drauf stehe oben auf dem Schutthaufen mit der Schaufel in der Hand beim Enttrümmern. Daran denke ich immer, wenn die für Haus Sonne so viel Geld einnehmen. Eigentlich müsste ich davon etwas abbekommen.
Zu meinen schönsten Jugenderinnerungen gehört das Lagerfeuer in der Rostocker Heide. Um unseren Raum zu heizen, hatten wir vorher immer gegen den Protest der Eltern etwas Kohle oder Holz mitgenommen, weil wir sonst im kalten gesessen hätten. Nun hatten wir einen Bezugschein von der Kommandantur bekommen und schlugen in der Rostocker Heide Holz ein. Abends fuhren wir nach Hause. Als wir am nächsten Morgen hinkamen, war unser Holz weg. Andere waren schneller. Da sind wir wieder hingefahren. Die Männer haben gehackt und wir Frauen gesägt. Dann haben wir die ganze Nacht am Lagerfeuer gesessen mit einem Kochgeschirr mit Erbsensuppe und haben unser Holz bewacht. Ich habe das mal einem erzählt, der hat gefragt, was habt ihr dafür gekriegt? N´gutes Gewissen. Das Gefühl, wir haben was Nützliches getan.
Die heutigen Formulierungen: rechnet sich das? Solche Überlegungen hatten wir überhaupt nicht.

Wir suchten aber auch nach Mitteln und Wegen uns politisch zu informieren. In der FDJ-Gruppe Niklotstraße hat es mindestens einmal im Monat eine Zusammenkunft mit jungen Menschen aus allen Parteien und Organisationen am runden Tisch – den kannten wir also damals schon – gegeben.
Wir haben uns da sehr gerauft, es ging manchmal bis spät in die Nacht.
(Abschrift von Tonbandaufzeichnungen gekürzt, vielen Dank an Johanna Jawinsky)

***

Klara Lindow – eine Episode zur Kindervereinigung

Auf dem 2. Parlament der FDJ in Meißen wurde aus dem Kinderland (eine Kinderorganisation) die Kindervereinigung. Pfingsten 1948 feierte sie ihr einjähriges Bestehen. Der damalige Jugendleiter Karl-Heinz Kordt und ich überlegten, was wir machen könnten, um eine Feier zu veranstalten. Damals gab es noch in Kessin Brandts Kaffeegarten und ein Dampfer fuhr noch die Warnow lang dorthin. Dort wollten wir den ersten Jahrestag feiern. Aber feiern mit Kindern ohne Kaffee und Kuchen ist nichts. Und da hatten wir die wahnsinnige Idee, wir gehen zu Tabatschnik (Russischer Offizier der Kommandandtur) und fragen ihn, ob er uns nicht unterstützen kann. Meine Kolleginnen in der Schule sagten, bist wohl verrückt, was interessiert den Russen, ob deutsche Kinder feiern können und Kuchen haben. Ich wußte aber, Tabatschnik war Komsomolze oder Pionierleiter gewesen und hatte volles Verständnis. Wir bekamen eine Freigabe für 50 Pfund Mehl und 10 Pfund Zucker. Und irgendein Vater von unseren Kindern war Bäcker. Der hat große Bäckerbleche Kuchen gebacken. Dann haben wir unser Kulturprogramm aufgeführt und alles Mögliche veranstaltet.
Wenn ich nach Jahren die damaligen Kinder wieder getroffen habe und fragte, könnt ihr euch erinnern, wie wir den ersten Jahrestag der Kindervereinigung feierten, sagten sie ja, und da gab es für jeden von uns zwei Stück Plattenkuchen.

***

Zum OZ-Artikel vom 14.2.2020, S. 3, Interview mit Herrn Mathias Nentzner „Goebbels fügte einfach eine Null an“

Meine Wiege stand in Dresden. 1945 war ich 13 Jahre alt. Ich habe alle Luftangriffe auf die Stadt miterlebt. Dieses Interview kann nicht unwidersprochen bleiben.
Herr Nentzner behauptet: „... man (die SED-Propaganda) hat die Sprachbilder der Nazis übernommen, hat ihre Übertreibungen und Auslassungen übernommen“. Ich wusste bis in die Gegenwart nicht, dass die Zeitung „Ruhrnachrichten“ eine Zeitung der DDR war. Am 13.2.1965 konnte man darin lesen, beim 1. Angriff auf Dresden waren 9000 Flugzeuge im Einsatz und es gab 250000 Tote. Abgesehen davon verwendet Herr Nentzner den fatalen Denkansatz der Gleichsetzung von Hitler-Diktatur und DDR-Regime. Was dabei herauskommt kann der Leser selbst erkennen.
Es geht noch weiter: „... im Oktober 1944 und im Januar 1945 wurden bereits ganze Straßenzüge in Schutt und Asche gelegt“. Beide Angriffe waren Ausweichangriffe der amerikanischen Luftwaffe. Sie galten dann, wenn einzelne Verbände das vorgegebene Ziel nicht erreichen konnten. Der

Angriff im Oktober 44 wurde auf die kleine Stadt Freital im Weißeritztal geflogen. Dabei fielen auch einige Bomben auf den Stadtteil Löbtau. Am 16.1.45 fielen Bomben in das Stadtzentrum. Ich war Ende Januar in der Gegend. Nachdem ich meinen Auftrag erledigt hatte, habe ich mir die angerichteten Schäden angesehen. Sie lagen zwischen der Wettiner Straße (heute Schweriner Straße) und der Ostraallee. Einzelne Wohnhäuser und Verwaltungsgebäude waren getroffen. Kein einziger Straßenzug lag in Schutt und Asche.
In der Beurteilung der Kriegsführung gibt es etwas Neues. „... das Bombardement deutscher Großstädte“ war „Teil einer rationellen alliierten Kriegsführung“. Also wurden Menschen und Sachwerte rationell getötet und zerstört. Darauf muss man erst einmal kommen. Dann erfährt der Leser: „Die Rüstungsproduktion in der Stadt wurde erheblich beeinträchtigt, der militärisch wichtige Verkehrskonten Dresden fiel fast vollständig aus.“ Nun gab es im Stadtzentrum keine Betriebe. Die Industrie stand im Elbtal von Niedersedlitz bis Pirna, stromab von Radebeul bis Coswig und im Weißeritztal. Da ist alles stehengeblieben. Auch die großen Kasernenanlagen im Norden der Stadt blieben erhalten. In der Gegend des Hauptbahnhofes gab es erhebliche Schäden. Die Eisenbahnbrükke über die Elbe wurde nicht getroffen. In der Neustadt, der Neustädter Bahnhof, ist alles stehengeblieben. Soweit die erlebten Tatsachen zu den Verfälschungen in dem Interview.
Im weiteren Text lesen wir: „Ob es allerdings moralisch gerechtfertigt ist, für diesen militärischen Vorteil (gemeint ist die Rüstungsindustrie und der Verkehrsknoten) 25000 Menschen zu töten, ist eine andere Frage.“ Also haben die Alliierten ungerechtfertigt gehandelt? War diese Stadt unschuldig? Bevor Hitler an die Macht kam, wurden alle Juden aus den Theatern Dresdens entfernt. Am 8. Mai 1945 marschierte gegen Mittag die Rote Armee in Dresden ein. Am Vormittag erschien das letzte Mal die faschistische Tageszeitung „Der Freiheitskampf“. Dort war zu lesen: „Im unbändigen Glauben an die in jedem Deutschen tief verwurzelte Idee des Führers und durch unser aus ihr entspringenden tapferen Handelns werden wir den Bolschewismus trotz allem bezwingen.“
Dresden war eine zutiefst faschistisch orientierte und handelnde Stadt. Im Februar stand die Rote Armee im Raum Görlitz, etwa 120 km von Dresden entfernt. Im Westen marschierten die Alliierten auf den Rhein zu. Trotz dieser aussichtslosen Lage wurde an allen Fronten verbissen gekämpft. War es nicht gerechtfertigt, dass die Anti-Hitler-Koalition alles einsetzte, um endlich dieses verfluchte faschistische Deutschland zur Kapitulation zu zwingen?
Mit diesem Interview hatte die OZ keine glückliche Hand.

Günter Walther

AKTUELLES

Neujahrsempfang in Banzkow - 5.000 Unterschriften für Volksinitative

Zum traditionellen Neujahrsempfang in Banzkow luden Landtagsfraktion und Landesverband. In schöner Atmosphäre mit vielen bekannten Gesichtern wurden interessante Gespräche geführt. Die Fraktionsvorsitzende, Simone Oldenburg, der Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Peter Ritter und die beiden Landesvorsitzenden, Wenke Brüdgam und Torsten Koplin freuten sich, dass für die Volksinitiative „Bildungsaufstand“ die 5.000er Marke an Unterschriften geknackt ist! Zum heutigen Tag liegen sogar schon deutlich mehr Unterschriften vor. Weiter so!

Auch in Rostock wurden Unterschriften gesammelt

Linksfraktion kann neuem SOG in dieser Form nicht zustimmen

Zur abschließenden Beratung der SOG-Novelle im Innenausschuss des Landtags erklärt der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Peter Ritter:

„Meine Fraktion hat heute im Innenausschuss die vorgelegte Novelle des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes abgelehnt. Auch wenn durch die Koalitionsfraktionen einzelne Punkte abgeschwächt wurden, bleibt der Gesetzentwurf an vielen Stellen ein tiefer Eingriff in Grundrechte.

Anträge der Linksfraktion zum Schutz bestimmter Berufsgruppen wie Journalistinnen und Journalisten, zur Stärkung der Institution des Datenschutzbeauftragten oder zur Streichung der Regelungen zur Umfeldüberwachung wurden abgelehnt.

Auch eine unabhängige Polizeibeauftragte bzw. einen unabhängigen Polizeibeauftragten als Ansprechpartner sowohl für die Beamtinnen und Beamten als auch Bürgerinnen und Bürger wird es nicht geben. Nach dem Willen der Koalitionsfraktionen soll es lediglich einen Beauftragten für die Beamtinnen und Beamten der Landespolizei geben, welcher beim Bürgerbeauftragten angesiedelt werden soll. Das ist nichts Halbes und nichts Ganzes.“

DIE HASARDEURE DER FDP

Es ist ein groteskes Theaterstück, das wir seit Mittwoch in Erfurt mit ansehen müssen. Ein Coup d'Etat in operettenhafter Form, wären da nicht die Beschädigungen, die Menschen angetan wurden, Institutionen und letztlich auch den Fundamenten der Demokratie.

Eigentlich wollte Bodo Ramelow erneut zum Ministerpräsidenten gewählt werden. Außerdem benannte die AfD, geführt vom Faschisten Björn Höcke, einen Kandidaten für dieses Amt. In dieser Konstellation schien es wahrscheinlich, dass Ramelow gewählt werden würde, wenn auch erst im 3. Wahlgang, wo die relative Stimmenmehrheit reichen würde. Niemand würde einen AfD-Kandidaten wählen und die Stimmen aus dem Rot-Rot-Grün-Lager überwogen einfach.

Die Möglichkeit, dass in jedem Wahlgang neue Kandidaturen möglich sind, nutzte Herr Kemmerich aus. Seine Beteuerungen, mit der AfD nicht kooperiert zu haben, erscheinen aufgrund des Abstimmungsverhaltens der AfD, die komplett für ihn stimmte, obwohl sie ihren eigenen Kandidaten im Rennen behielt, völlig unglaubwürdig. Inzwischen ist ein Schreiben aufgetaucht, das zeigt, dass Kemmerich mit dieser Möglichkeit zumindest rechnen musste. Auch das Agieren der CDU unter Mike Mohring ist nicht nachvollziehbar. Wenn man nicht in die Situation kommen will, einen Kandidaten zu unterstützen, der auch der AfD-Unterstützung bedarf, um erfolgreich zu sein, muss man diese Unterstützung eben bleiben lassen. Alles andere ist eine verdeckte Kooperation mit Faschisten vom Schlage Höckes.

Die anschließenden Versuche, durch das Beschwören der Mitte dieses skandalöse Verhalten wegzureden, sagen viel aus über den Realitätssinn der „bürgerlichen Parteien". Beispielsweise sind besondere Kenntnisse der Mathematik nicht erforderlich, um Politiker zu sein. Aber dass Kemmerich wenigstens die Grundrechenarten in einem überschaubaren Zahlenraum beherrscht, kann man erwarten. Wie er dann glaubt, eine Regierung der „Mitte" bilden zu können, also ohne die AfD, aber auch ohne LINKE, die er für „extrem" hält, bleibt sein Geheimnis. Er hatte keine eigene Mehrheit und hätte eben doch bei den „Extremisten" nachfragen müssen. Klar ist: er hätte sich in die Abhängigkeit zur AfD begeben.

Die Einsicht in diese Abhängigkeit ist ihm nicht von allein gekommen. Sie musste ihm beigebracht werden. Christian Lindner, selbst besorgt um seinen Rückhalt in der FDP, fuhr am Donnerstag zu einem „Krisentreffen" nach Erfurt und erzwang den Rückzug von Kemmerich. Der stellte sich, genau 24 Stunden nach seinem Überraschungscoup, der Presse und erklärte, dass er und seine Fraktion Neuwahlen des Landtags wollen. Merkwürdig ist das schon, wenn man bedenkt, wie intensiv Lindner noch einen Tag vorher das Manöver von Kemmerich rechtfertigte. Welche Peinlichkeit!

Vorher kamen von der Unionsspitze im Bund und von der Bundeskanzlerin klare Worte. Allerdings sieht es schon gar nicht mehr so gut auf Landesebene aus. Burkard Dregger von der Berliner Union fühlte sich verpflichtet, Kemmerich zur Wahl zu gratulieren und rechtfertigende Worte zu finden. Auch die Werte-Union mauserte sich zur Agitprop-Gruppe für die AfD. Und die Thüringer CDU? Auch auf sie käme es an, wenn ein Neuwahlbeschluss zustande kommen soll. Donnerstagabend war Mohring jedenfalls noch gegen Neuwahlen. Während es in der FDP drunter und drüber geht, zeigt sich in der Union, bei aller Einigkeit in der Bundesspitze, doch auch Zerrissenheit.

Diese Zerrissenheit ist Ausdruck eines Zerfalls der die Bundesrepublik tragenden Ideologie der Mitte. Diese Ideologie war nach dem Krieg Ausdruck dessen, dass die Nazi-Eliten keine bekennenden Nazis mehr sein durften, aber ihren Feldzug gegen den Kommunismus fortsetzen durften. Daher kommt die Ideologie von der Äquidistanz zu den politischen „Extremen". Diese Ideologie hat auch die Geschichtsschreibung geprägt. So sei die Weimarer Republik an den Extremen von rechts und links gescheitert. Ganz so, als hätte eine Koalitionsregierung aus Nazis und Kommunisten das Ermächtigungsgesetz beschlossen.

Mit dieser Ideologie ging es immer etwas holprig zu. So stand der Verfassungsschutz nicht zu Unrecht in dem Ruf, auf dem rechten Auge blind zu sein. Aber was machen die Ideologen der Mitte, wenn es eng wird, wenn wie in Thüringen gerade, die Wahl steht zwischen der Akzeptanz einer Mitte-Links-Regierung und der Inkaufnahme einer Unterstützung auch durch Faschisten, wenn es gegen links geht? Thüringen wie auch die unterschiedlichen Reaktionen aus FDP und CDU zeigen, dass die Ideologie der Mitte brüchig geworden ist, dass die „bürgerlichen" Parteien nicht mehr in Gänze als Garanten der Demokratie gelten können. Das hat Folgen für die strategische Orientierung der politischen Linken in Deutschland. Die Linke, und das gilt natürlich zuerst für DIE LINKE, muss ohne Wenn und Aber für die Demokratie eintreten. Das macht auch den Eintritt in Regierungen erforderlich.

Es ist mir an dieser Stelle ein Bedürfnis, meinem Freund Bodo Ramelow und seiner Regierungsmannschaft, unserer Landtagsfraktion und dem LINKEN-Landesverband herzlich zu danken für das, was sie in den vergangenen fünf Jahren geleistet haben – den Wahlkampf 2019 und die Zeit danach ausdrücklich eingeschlossen! Sie haben die Demokratie in unserem Land und den Erfahrungsschatz unserer Partei – parlamentarisch und außerparlamentarisch – bereichert: In einer Koalition darf es nicht Koch und Kellner geben, gegenseitige Achtung und gleiche Augenhöhe sind unverzichtbar. Politik braucht feste Prinzipien, Flexibilität und klare Grenzen. Für Linke heißt das beispielsweise, ohne Wenn und Aber für soziale Gerechtigkeit einzutreten, den politischen Konkurrenten und seine Positionen ernst zu nehmen, nie und nimmer gemeinsame Sache mit Rassisten zu machen. Es bedeutet, in der Opposition mutige Vorschläge zu machen und doch auf dem Teppich zu bleiben, in der Regierung einen verlässlichen Kurs zu steuern, ohne Korrekturen zu scheuen. Nicht zuletzt heißt das, die eigenen Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten als Mitgestalter und Mitmacher zu begreifen. Und: „Zuerst das Land" gilt auch für Linke.

Dietmar Bartsch

Demo - Gegen den Tabubruch!

In Thüringen hat sich die FDP von Höckes AfD mit Unterstützung der CDU in die Regierung wählen lassen. Rücktrittsankündigung oder nicht, es bleibt ein Tabubruch, es bleibt ein Skandal! Gemeinsam stellen wir uns gegen rechte Zweckbündnisse. Aus diesem Grund sagen wir: Nicht heute und nicht morgen, keine Zusammenarbeit mit der AfD! Keine Kooperation mit Faschisten! Nicht in Thüringen, nirgendwo!

In Rostock fand hierzu eine Demonstration verschiedener Parteien und Initiativen statt. Für die LINKE sprach unsere Landtagsabgeordnete Eva-Maria Kröger.

TERMINE

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
17.2.-13.3.		Ausstellung "Schicksal Treuhand - Treuhand Schicksale"	Rostock	Societät maritim
Mi., 4.3.	09:30 Uhr	Beratung der AG Seniorenpolitik	Rostock	Geschäftsstelle
Mi., 4.3.	13:30 Uhr	Besuch der AG Seniorenpolitik in der Forschungsvilla des IOW (Teilnahme von Interessierten/Sympathisanten möglich)	Rostock-Warnem.	Seestraße 15
Mi., 4.3.	18:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: "Das Bedingungslose Grundeinkommen. Ideen und Modelle" Vortrag und Diskussion	Rostock-Dierkow	SBZ Kurt-Schumacher-Ring 160
Do., 5.3.	18:30 Uhr	Sitzung des HRO-Kreisvorstandes	Rostock	Geschäftsstelle
Sa., 7.3.	09:30 Uhr	1. Tagung des 7. Kreisparteitages (Neuwahl der Gremien)	Rostock	Waldemar Hof
Mi., 11.3.	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher*innen	Rostock	Geschäftsstelle
Mi., 11.3.	19:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: "Klima und grünes Wachstum - Anmerkungen aus einer systemkritischen Perspektive" Vortrag und Diskussion mit dem "Freitag"-Redakteur Michael Jäger	Rostock	Café A Rebours, Am Wendländer Schilde 5 (nahe Nikolaikirche)
Mi., 18.3.	19:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: "Kapp-Putsch und Märzkämpfe in Mecklenburg und Pommern 1920" (siehe unten)	Rostock	Kröpeliner Tor
Mi., 25.3.	18:30 Uhr	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes	Friedrichs-hof	Hotel "Herrenhaus"
Do., 26.3.	18:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Zukunft oder Ende des Kapitalismus? Eine kritische Diskursanalyse in turbulenten Zeiten, mit Prof. Dieter Klein	Rostock	Peter-Weiss-Haus Doberaner Str. 21
Fr., 27.3.	16:00 Uhr	Klausur der Kreistagfraktion	Kröpelin	Kröpeliner Mühle, Schulstraße
Fr., 17.4.	20:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Lesung und Gespräch mit Daniela Dahn "Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute. Die Einheit – eine Abrechnung"	Rostock	Literaturhaus Rostock, im Peter-Weiss-Haus Doberaner Str. 21
Mi., 29.4.	18:30 Uhr	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes	Sievers.	Hotel "Ziegenkrug"
Fr., 1.5.	10:00 Uhr	Familienfest zum 1. Mai	Rostock	Kastanienplatz
Fr., 8.5.	16:00 Uhr	Gedenken an die Befreiung vom Faschismus	Rostock	Puschkinplatz
Di., 12.5.	17:00 Uhr	Veranstaltung zum 75. Jahrestag der Befreiung (siehe unten)	Rostock-Südstadt	"Berghotel" Südring 28 B
Sa., 12.9.	09:30 Uhr	2. Tagung des 7. Kreisparteitages	Rostock	Waldemar Hof

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Kapp-Putsch und Märzkämpfe in Mecklenburg und Pommern 1920

45. Geschichtssalon der Geschichtswerkstatt Rostock (Ort und Zeit siehe oben)

In Zusammenarbeit mit der Geschichtswerkstatt Rostock e.V. laden wir zur Buchvorstellung und Werkstattgespräch ein.
In der Geschichte gab es nur wenige Beispiele in der SozialdemokratInnen und KommunistInnen erfolgreich zusammenarbeiteten. Die Abwehr des Kapp-Putsch vor 100 Jahren war eins. Günter Gleising wird die Ereignisse in Mecklenburg und Pommern anhand seines im März erscheinenden Buches erläutern.
Aus der lokalen und regionalen Erforschung beleuchtet das Buch die Reaktionen und Kämpfe zur Abwehr des Kapp-Lüttwitz-Putsches in Mecklenburg und Pommern. Schnell wurde erkannt, dass sich der Putsch nicht nur gegen die Republik, ihre Institutionen und ihre tragenden Kräfte wandte, sondern in besonderer Weise einen direkten Angriff auf die Arbeiterbewegung darstellte. Die schweren Kämpfe der Arbeiterwehren gegen die reaktionären, oft pro faschistischen Reichswehr- und Freikorpssoldaten, werden ebenso beschrieben, wie die politischen Bemühungen nach dem Scheitern des Putsches die Arbeiterwehren zu entwaffnen und den Forderungen nach mehr Rechten und Einfluss zu begegnen.
Zu Beginn wird beschrieben wie mit der Industrialisierung die proletarischen Kräfte entstanden waren, die auf Emanzipation von der Bourgeoise und zur Veränderung der politischen und der Macht- und Besitzverhältnisse drängten. Die Aktionen und Kämpfe zur Abwehr des Putsches waren im Nordosten Deutschlands auch deshalb so heftig, weil hier intensive politische und wirtschaftliche Kämpfe stattgefunden hatten – nicht nur in den großen Werften und Industriebetrieben, sondern auch auf dem Land. Der Landarbeiterverband war am Vorabend des Putsches zu einer großen und einflussreichen Gewerkschaft geworden.
Das Buch behandelt auch die sozial- und kulturhistorischen Aspekte des Themas. So spielt der Totenkult um die Märzgefallenen, die Schaffung von Denkmälern und das nachhaltige Gedenken an die Opfer der Arbeiterbewegung eine große Rolle. Themen sind auch der spätere Umgang in der DDR mit diesen Ereignissen sowie die Unterschiede zur Geschichtsschreibung der BRD.

8. Mai 2020 – 75. Jahrestag der Befreiung

Veranstaltung am 12.05.2020 17:00 Uhr
in der AWO (Berghotel) Rostock-Südstadt
Veranstaltet vom Stadtteilverband DIE LINKE. Südstadt/Biestow und der linksjugend Rostock
1. Teil: **Von welchem menschenfeindlichen System wurden wir befreit**
Ausstellung von Kopien historischer Dokumenten wie z.B.: - Vertrag zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion von 1939
- Die Wannseekonferenz
- Der Kommissarbefehl
- Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 08.05.1945
- Nachdrucke von faschistischen Zeitungen
2. Teil: **Podiumsgespräch mit Zeitzeugen des Einmarsches der Roten Armee**
Moderation: Dr. Helga Teßmann
- Dr. Marianne Bothe: Einmarsch der amerikanischen Streitkräfte und später der Roten Armee in Thüringen
- Günter Walther: Einmarsch der Roten Armee in Dresden
- Kurt Kaiser: Einmarsch der Roten Armee in Rostock
3. Teil: **Das NATO - Manöver an der Grenze Russlands**
Dr. Otto Stüllein Kapitän zur See a.D.

AUS DEM BUNDESTAG

Die LINKE - Hoffnungsträgerin für den Wechsel

Der 5. Februar 2020 hat das politische Koordinatensystem nachhaltig verändert. Konservative und Liberale haben ihre bürgerliche Glaubwürdigkeit, nicht mit der AfD zusammenzuarbeiten, verloren. Dammbruch ist Dammbruch. Das verändert die Ausgangslage für die kommende Bundestagswahl. Wer CDU und FDP wählt, kann sich nicht mehr sicher sein. Zudem ist die Union in ihrer schwersten Krise überhaupt. Die Chancen für eine Mitte-Links-Regierung nach der nächsten Bundestagwahl stehen besser als viele meinen. Mitte-Links sollte erklärtes Ziel sein. Hamburg zeigt, dass Mitte-Links-Parteien deutliche Mehrheiten holen können. Dafür müssen SPD und LINKE auf Bundesebene ihre Hausaufgaben erledigen. Im vergangenen Jahr, in dem es für uns schwere Niederlagen, einige Erfolge und den Ausnahmeerfolg in Thüringen gab, war soziale Sicherheit ein Top-Thema bei allen Wahlen. Es gibt ein starkes Bedürfnis in der Gesellschaft nach sozialer Sicherheit und einen durchaus sozialen Zeitgeist, dessen Nerv wir wieder besser treffen müssen.

DIE LINKE sollte sich als die politische Kraft für soziale Sicherheit positionieren und den Anspruch haben, Partei für „ganz normale Leute“ zu sein. Ich habe bewusst eine Debatte über die Verteilung der Steuer- und Abgabenlast angestoßen. Wir haben hier ein ungerechtes System aus dem vorigen Jahrhundert. Von der Arbeitsleistung der Mehrheit in diesem Land sollte am Monatsende mehr im Portemonnaie bleiben. Es geht um einen Dreiklang, der bisher ein weißer Fleck in der Debattenlandschaft war, real aber sehr viele Menschen betrifft: Wir brauchen Lohn-, Steuer- und Abgabengerechtigkeit! Die Löhne sind vielfach zu niedrig, Steuern und Abgaben für die meisten zu hoch. Das gilt für Geringverdiener und die Mittelschicht. Krankenschwestern, Erzieherinnen, Bäkker, Polizisten und Facharbeiter brauchen höhere Löhne, aber auch Entlastungen bei Steuern und Abgaben. Es kann nicht sein, dass Gering- und Normalverdiener 81 Prozent des Sozialstaates finanzieren, obwohl sie deutlich weniger Einkommen als 81 Prozent haben. Bei Spitzenverdienern ist es umgekehrt. Laut DIW wurden seit 1998 die „unteren“ 70 Prozent der Bevölkerung bei Steuern und Abgaben belastet und die „oberen“ 30 Prozent entlastet. Wir brauchen endlich eine gerechte, also stärkere, Beteiligung an Steuern und Abgaben der Topverdiener und Superreichen.

Mehr Arbeitnehmerpartei zu sein, mehr Partei derjenigen zu sein, die sich Tag für Tag anstrengen und doch kaum über die Runden kommen, schließt zentral mit ein, das Hartz-IV-System zu überwinden. Hartz IV ist das Grundübel für alle Arbeitnehmer/innen, nicht nur für die Betroffenen selbst. Da jederzeit der Abstieg ins Bodenlose droht, frisst sich soziale Unsicherheit bis weit hinein in die Mittelschicht. Dazu kommt: Hartz IV ist der größte Hemmschuh für Lohngerechtigkeit.

Das zweite Grundübel ist die Rentenentwicklung. Spätestens im Alter droht sozialer Abstieg auch Menschen, die normal verdient und jahrzehntelang in die Rentenkasse eingezahlt haben. Es ist ein Skandal, dass die durchschnittliche Nettorente bei unter 900 Euro liegt. Wenn es uns gelingt, wieder mehr Vertrauen bei Rentner/innen UND Jüngeren zu gewinnen, die Angst haben vor sozialer Unsicherheit im Alter, wäre das eine große Chance für DIE LINKE. Wir haben das beste Rentenkonzept, aber noch zu wenig Zustimmung.

Dazu kommt der wichtige Kampf gegen Kinderarmut und die Mietpreisexplosion in vielen Städten und Regionen. Berlin mit seiner Mitte-Links-Regierung hat Maßstäbe gesetzt. Wir brauchen einen Mietendekkel nicht nur in der Hauptstadt. DIE LINKE ist Mieterpartei, und wir wollen, dass die nächste Bundesregierung eine Mieterregierung wird. Und nur mit Mitte-Links besteht die reale Chance auf eine Kindergrundsicherung, die endlich Millionen Kinder aus der Armut holt.

Die ehemals Große Koalition schadet dem Land. Neuwahlen wären das Beste. Die SPD sollte vorzeitig aussteigen, um glaubwürdig zu zeigen, dass sie den Groko-Kurs verlässt. So oder so, jetzt geht es darum, an einer Mehrheit für Mitte-Links zu arbeiten. Da hilft kein Lagerwahlkampf, jede Partei sollte ihr jeweiliges Wählerpotenzial ausbauen und im Wahlkampf mobilisieren. Wir LINKE müssen ein starkes Gewicht auf der Waage des Politikwechsels sein. Wir können Hoffnungsträgerin für einen Politik- und Regierungswechsel werden.

Dietmar Bartsch

Up un Dal

Gewinner: DIE LINKE.Landesverband Hamburg bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 23. Februar 2020.

Verlierer: Die FDP, leider nicht auch die AfD, bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 23. Februar 2020.

Susanne Hennig-Wellsow nach der Wahl von Thomas Kemmerich (FDP), der sich mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsident wählen ließ.

Foto: Thomas Holzmann/UNZ

LYRIK

Für **D**eine **P**artei
(von Janina Niemann-Rich)

Stimmen geentert
bei der Wahl gekentert

Nicht nur in Thüringen Tür offen
(von Jürgen Riedel)

30. Januar ‘33
kooperierte gesinnungskorrupt
bürgerliche Politik mit Hitler:
als Bollwerk gegen den Bolschewismus:
kleineres oder mein Übel

Anfang Februar 2020
waren im Erfurter Landtag
Türen von CDU FDP
nicht länger der AfD verschlossen:
links als Gefahr für die Festung Kapitalismus
verhindern!

Kramp-Karrenbauer
(von Jürgen Riedel)

Nicht beim Rückwärtsgehen am Start

Wie Franz-Josef Strauß
im Rückwärtslauf aktiv
Verliererin:
ohne politisches Talent